



STADT
WÜRZBURG

Briefanschrift: Stadt Würzburg · 97067 Würzburg

KAZ Shelter Hunde e.V.
Frau Dorothea Tsounis
Frankenstr. 9
97078 Würzburg

FB Verbraucherschutz,
Veterinärwesen und
Lebensmittelüberwachung
Veitshöchheimer Straße 1 b
97080 Würzburg

Auskunft erteilt:
Frau Zimmermann
Zimmer: Dachgeschoss

Telefon (09 31) 37 3822
Telefax (09 31) 37 3825

Internet: <http://www.wuerzburg.de>
E-Mail:
verbraucherschutz@stadt.wuerzburg.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens
12.09.2024

Bei Antwort bitte angeben
Unser Zeichen
FB VVL 568/300-695/24

Datum
11.10.2024

Sprechzeiten:
Mo - Do 8.00 – 14.00 Uhr
Fr 8.00 – 12.00 Uhr

Tierschutzrecht;

Erlaubnis nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 des Tierschutzgesetzes (TierSchG) für das Verbringen von Wirbeltieren, die nicht Nutztiere sind, zum Zwecke der Abgabe gegen Entgelt oder eine sonstige Gegenleistung in das Inland und die Vermittlung der Abgabe dieser Tiere;

KAZ Shelter Hunde e.V., Frankenstr. 9, 97078 Würzburg

Die Stadt Würzburg erlässt folgenden

Bescheid:

1. Dem Verein KAZ Shelter Hunde e.V., vertreten durch die erste Vorsitzende, Frau Dorothea Tsounis, Frankenstr. 9, 97078 Würzburg wird die Erlaubnis erteilt, Wirbeltiere, die nicht Nutztiere sind, zum Zwecke der Abgabe gegen Entgelt oder eine sonstige Gegenleistung in das Inland zu verbringen und die Abgabe dieser Tiere zu vermitteln.
2. Die Erlaubnis beschränkt sich auf das Verbringen von Hunden aus dem Tierheim KAZ in der Verwaltungsregion Attika/Griechenland nach Deutschland. Die Hunde dürfen ausschließlich an Endstellen abgegeben oder in den Pflegestellen des Vereins KAZ Shelter Hunde e.V. aufgenommen werden.

Bankverbindungen für sonstige Einnahmen:

- Sparkasse Mainfranken Würzburg
IBAN DE92 7905 0000 0042 0000 67
BIC BYLADEM1SWU
- Volksbank Raiffeisenbank Würzburg e.G.
IBAN DE17 7909 0000 0000 0002 05
BIC GENODEF1WU1

Bankverbindung für Steuern und Grundabgaben:

- Sparkasse Mainfranken Würzburg
IBAN DE97 7905 0000 0000 0001 41
BIC BYLADEM1SWU

3. Die für die Tätigkeit verantwortliche Person ist Frau Nadja Burgmann, geb. 08.09.1964.

Die für die Tätigkeit stellvertretende verantwortliche Person ist Herr Michael Weigner, geb. 19.08.1980.

4. Die Erlaubnis wird unter folgenden Auflagen erteilt:

4.1 Die für die Tätigkeit verantwortlichen Personen haben sich regelmäßig fortzubilden. Die Fortbildungsmaßnahmen sind zu dokumentieren und dem Fachbereich Verbraucherschutz, Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung der Stadt Würzburg auf Verlangen nachzuweisen.

4.2 Hunde, deren Herkunft auf Tiermärkte oder gewerbsmäßige Züchter und Händler zurückgeht, dürfen nicht nach Deutschland verbracht werden.

4.3 Grundsätzlich dürfen nur gesunde Tiere verbracht werden. Werden in Ausnahmefällen Tiere zur Behandlung nach Deutschland verbracht, sind entsprechende tierärztliche Nachweise mitzuführen.

Der Gesundheitsstatus jedes Hundes ist anhand eines Eintrags im EU-Heimtierausweis über die Transportfähigkeit des Tieres nachzuweisen. Hierbei ist die Zuordnung des EU-Heimtierausweises zu dem jeweiligen Hund über einen auslesbaren Transponderchip des Tieres sicherzustellen.

4.4 Für jeden Hund sind Aufzeichnungen (ggf. in elektronischer Form) zu führen, die die Rückverfolgbarkeit des Tieres bis zum Ursprungsort sicherstellen und den weiteren Verbleib des Tieres (Vermittlung an eine/n neue/n Eigentümer/in bzw. Unterbringung in einer vorübergehenden Pflegestelle) nachweisen. Hierbei sind folgende Daten zu erfassen:

- Ort und Datum der Übernahme des Hundes im Ursprungsland sowie Name und Anschrift des bisherigen Besitzers/der bisherigen Besitzerin
- Rasse, Geschlecht (kastriert ja/nein), Farbbezeichnung, Name, Transpondernummer, Nummer des EU-Heimtierausweises, ggf. besondere Merkmale
- Kopie (bzw. Scan) des EU-Heimtierausweises
- Ausdruck oder INTRA-Nummer der TRACES-Bescheinigung
- Datum der Abgabe des Hundes in Deutschland sowie Name und Anschrift des neuen Eigentümers/der neuen Eigentümerin bzw. der Pflegestelle
- Zeitraum der Unterbringung in einer Pflegestelle bzw. Datum der Weitervermittlung an einen neuen Eigentümer/der neuen Eigentümerin

- im Falle eines Rücklaufs: Datum und Grund für den Rücklauf sowie Daten zur weiteren Vermittlung des Hundes

Die Aufzeichnungen sind für die Dauer von drei Jahren aufzubewahren bzw. zu speichern und dem Fachbereich Verbraucherschutz, Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung der Stadt Würzburg auf Verlangen unverzüglich zur Verfügung zu stellen.

- 4.5 Jede Vermittlung bzw. Unterbringung eines Hundes ist vertraglich festzulegen.
- 4.6 Die Transporte sind dem Fachbereich Verbraucherschutz, Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung der Stadt Würzburg **spätestens eine Woche vor der Durchführung** anzuzeigen und eine Auflistung der Hunde mit folgenden Angaben ist der Behörde **spätestens zwei Werktage vor Transportbeginn** zu übermitteln:

- Anzahl der Hunde
- Name, Geburtsdatum und Transpondernummer der Hunde
- Ankunftszeit und -ort bzw. geplante Übergabezeiten und -orte
- Name des Flugpaten und ggf. der Person, die die Übergabe am Flughafen veranlasst
- Adresse der aufnehmenden Stelle (Tierhalter/In bzw. Pflegestelle)
- ggf. Besonderheiten zum Tier (z. B. Erkrankungen).

Bei Aufnahme eines Hundes in einer vorübergehenden Pflegestelle ist zusätzlich anzugeben, ob es sich um eine Pflegestelle mit oder ohne eigene Erlaubnis nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 TierSchG handelt.

Die Verbringungen sind jahresbezogen fortlaufend zu nummerieren. Die jeweilige Transportnummer ist bei der transportbezogenen Kommunikation (z.B. E-Mail oder Fax) immer anzugeben.

- 4.7 Die dem Verein zugeordneten Pflegestellen müssen gelistet werden. Jede neue Pflegestelle ist dem Fachbereich Verbraucherschutz, Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung der Stadt Würzburg vor Aufnahme der Tätigkeit elektronisch zu melden. Die Meldung muss folgende Angaben enthalten: Adresse, Art und Kapazität der Pflegestelle, Name und Telefonnummer der verantwortlichen Person und bei nicht nachgewiesener Sachkunde den Namen der betreuenden sachkundigen Person sowie das Datum der Aufnahme der Tätigkeit. Zusätzlich sind die nicht mehr zur Verfügung stehenden Pflegestellen unverzüglich elektronisch abzumelden.

Alternativ zur Meldung von Änderungen der Pflegestellen kann dem Fachbereich Verbraucherschutz, Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung der Stadt Würzburg in geeigneter Weise dauerhaft Einsicht in die Liste der Pflegestellen gewährt werden (z. B. in Form einer Cloud-Lösung).

- 4.8 Für alle Pflegestellen muss die Betreuung durch eine sachkundige Person gewährleistet sein. Hierbei können die Pflegestellen von sachkundigen Personen selbst betrieben werden oder die Pflegestellen sind regelmäßig von einer sachkundigen Person zu betreuen.

Es ist sicherzustellen (z. B. durch vertragliche Vereinbarung), dass Personen, die eine Pflegestelle für den Verein betreiben, amtstierärztliche Kontrollen in den Einrichtungen und Räumlichkeiten ermöglichen, damit eine tierschutzrechtliche Überwachung der Pflegestelle jederzeit gewährleistet ist.

- 4.9 Alle wesentlichen Änderungen der in dieser Erlaubnis festgelegten Sachverhalte (z. B. verantwortliche Personen, Tierarten, Ursprungsländer der Tiere, Vermittlungsmodalitäten) sind dem Fachbereich Verbraucherschutz, Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung der Stadt Würzburg unverzüglich mitzuteilen und bedürfen der Erlaubnis durch die Behörde.

5. Die nachträgliche Aufnahme, Änderung und Ergänzung von Nebenbestimmungen bleiben vorbehalten.
6. Die Erlaubnis kann widerrufen werden, insbesondere wenn die in der Erlaubnis verfügten Auflagen nicht eingehalten werden, nachträglich für die Erteilung der Erlaubnis maßgebliche Voraussetzungen wegfallen oder wenn wiederholte oder erhebliche Verstöße gegen tierschutzrechtliche Bestimmungen festgestellt werden.
7. Der Erlaubnisbescheid vom 08.02.2023 und der Änderungsbescheid vom 02.03.2023 für die Organisation „Kleine Pfoten“ werden widerrufen.

8. Der Verein KAZ Shelter Hunde e.V., vertreten durch die erste Vorsitzende Frau Dorothea Tsounis, hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. Für diesen Bescheid wird eine Gebühr in Höhe von 56,14 € festgesetzt. Auslagen werden nicht erhoben.

Gründe:

I.

Mit Bescheid vom 08.02.2023, geändert mit Bescheid vom 02.03.2023, erteilte die Stadt Würzburg der Organisation „Kleine Pfoten“, vertreten durch die erste Vorsitzende, Frau Dorothea Tsounis, Frankenstr. 9, 97078 Würzburg die Erlaubnis für das Verbringen von Wirbeltieren, die nicht Nutztiere sind, zum Zwecke der Abgabe gegen Entgelt oder eine sonstige Gegenleistung in das Inland und die Vermittlung der Abgabe dieser Tiere nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 TierSchG, um Hunde aus dem Tierheim KAZ (Verwaltungsregion Attika, Griechenland) nach Deutschland zu verbringen und die Tiere an neue Eigentümer zu vermitteln bzw. bis zur endgültigen Vermittlung in vorübergehenden Pflegestellen unterzubringen.

Am 12.09.2024 setzte Frau Nadja Burgmann in ihrer Funktion als verantwortliche Person den Fachbereich Verbraucherschutz, Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung der Stadt Würzburg darüber in Kenntnis, dass der neu gegründete Tierschutzverein KAZ Shelter Hunde e.V. am 30.08.2024 im Vereinsregister in Würzburg eingetragen wurde. Der Verein dient laut seiner Satzung dem Zweck, Hunde aus dem Tierheim KAZ in Griechenland nach Deutschland zu verbringen und weiterzuvermitteln. Hierbei übernimmt der Verein KAZ Shelter Hunde e.V. ab dem Zeitpunkt der Verbringung die Verantwortung für die Hunde und ist auch deren Eigentümer. Nach Angabe von Frau Burgmann sollen die bisher über die Organisation „Kleine Pfoten“ abgewickelten Hundevermittlungen künftig durch den Verein KAZ Shelter Hunde e.V. erfolgen. Aus diesem Grund bat Frau Burgmann darum, dass die auf die Organisation „Kleine Pfoten“ laufende tierschutzrechtliche Erlaubnis dem Verein KAZ Shelter Hunde e.V. erteilt wird.

II.

Die Stadt Würzburg ist für den Erlass dieses Bescheides gemäß § 15 Abs. 1 Satz 1 des Tierschutzgesetzes (TierSchG) in Verbindung mit Art. 3 Abs. 1 des Gesetzes über den gesundheitlichen Verbraucherschutz und das Veterinärwesen (GVVG) sachlich und gemäß Art. 3 Abs. 1 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG) örtlich zuständig.

1. Wer Wirbeltiere, die nicht Nutztiere sind, zum Zwecke der Abgabe gegen Entgelt oder eine sonstige Gegenleistung in das Inland verbringen oder einführen oder die Abgabe solcher Tiere, die in das Inland verbracht oder eingeführt werden sollen oder worden sind, gegen Entgelt oder eine sonstige Gegenleistung vermitteln will, bedarf der Erlaubnis der zuständigen Behörde (§11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 TierSchG).

Von einer erlaubnispflichtigen Tätigkeit ist gemäß einem Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) vom 04.07.2014 dann auszugehen, wenn Tiere mehrfach bzw. regelmäßig aus dem Ausland nach Deutschland gebracht und dort gegen Entgelt (dazu zählen auch sog. Schutzgebühren) abgegeben werden oder wenn die Abgabe von Tieren, die in das Inland verbracht oder eingeführt werden sollen oder worden sind, mehrfach bzw. regelmäßig vermittelt wird.

Der Verein KAZ Shelter Hunde e.V. verbringt Hunde aus Griechenland nach Deutschland, um diese anschließend weiterzuvermitteln. Die Tiere werden nach der Ankunft in Deutschland entweder direkt an ihre neuen Eigentümer/innen übergeben oder bis zur endgültigen Vermittlung in vorübergehenden Pflegestellen untergebracht. Der Verein bedarf somit für seine Tätigkeit einer Erlaubnis nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 TierSchG.

Die Erlaubnis darf nur erteilt werden, wenn die Voraussetzungen von § 11 Abs. 2 TierSchG in der bis zum 13.07.2013 geltenden Fassung vorliegen (§ 21 Abs. 5 Satz 1 TierSchG in der Fassung vom 07.08.2013).

Nach § 11 Abs. 2 Nr. 1 Halbsatz 1 TierSchG in der bis zum 13.07.2013 geltenden Fassung darf die Erlaubnis nur erteilt werden, wenn die für die Tätigkeit verantwortliche Person auf Grund ihrer Ausbildung oder ihres bisherigen beruflichen oder sonstigen Umgangs mit Tieren die für die Tätigkeit erforderlichen fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten hat.

Die für die Tätigkeit erforderlichen Fachkenntnisse von Frau Nadja Burgmann und Herrn Michael Weigner wurden am 23.01.2023 bzw. am 16.02.2023 im Rahmen von Sachkundeprüfungen am Fachbereich Verbraucherschutz, Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung der Stadt Würzburg nachgewiesen.

Demnach sind Frau Burgmann und Herr Weigner als ausreichend sachkundig im Sinne von § 11 Abs. 2 Nr. 1 Halbsatz 1 TierSchG in der bis zum 13.07.2013 geltenden Fassung anzusehen.

Nach § 11 Abs. 2 Nr. 2 TierSchG in der bis zum 13.07.2013 geltenden Fassung darf die Erlaubnis nur erteilt werden, wenn die für die Tätigkeit verantwortliche Person die erforderliche Zuverlässigkeit hat.

Die Zuverlässigkeit von Frau Burgmann und Herrn Weigner wurde im Zusammenhang mit dem Erlass des Erlaubnisbescheides vom 08.02.2023 bzw. des Änderungsbescheides vom 02.03.2023 für die Organisation „Kleine Pfoten“ überprüft. Seither sind dem Fachbereich Verbraucherschutz, Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung der Stadt Würzburg keine Hinweise bekannt geworden, die auf eine Unzuverlässigkeit von Frau Burgmann und Herrn Weigner im Hinblick auf den Tierschutz schließen lassen würden. Somit ist von einer ausreichenden Zuverlässigkeit beider Personen gemäß § 11 Abs. 2 Nr. 2 TierSchG in der bis zum 13.07.2013 geltenden Fassung auszugehen.

Nach § 11 Abs. 2 Nr. 3 TierSchG in der bis zum 13.07.2013 geltenden Fassung darf die Erlaubnis nur erteilt werden, wenn die der Tätigkeit dienenden Räume und Einrichtungen eine den Anforderungen des § 2 TierSchG entsprechende Ernährung, Pflege und Unterbringung der Tiere ermöglichen.

Der Verein KAZ Shelter Hunde e.V. verfügt über keine eigenen Räumlichkeiten und Einrichtungen zur Unterbringung der Tiere. Die Hunde werden nach der Ankunft in Deutschland unmittelbar an die neuen Eigentümer/innen abgegeben oder in vorübergehenden Pflegestellen untergebracht.

Aus Sicht des Fachbereiches Verbraucherschutz, Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung der Stadt Würzburg sind die Voraussetzungen von § 11 Abs. 2 TierSchG in der bis zum 13.07.2013 geltenden Fassung erfüllt. Demnach konnte dem Verein KAZ Shelter Hunde e.V. die Erlaubnis für das Verbringen von Wirbeltieren, die nicht Nutztiere sind, zum Zwecke der Abgabe gegen Entgelt oder eine sonstige Gegenleistung in das Inland und die Vermittlung der Abgabe dieser Tiere erteilt werden.

2. Die Einschränkung der Erlaubnis unter Ziffer 2 dieses Bescheides und die Festsetzung der Auflagen unter Ziffer 4 dieses Bescheides stützt sich auf § 21 Abs. 5 Satz 1 TierSchG in der Fassung vom 07.08.2013 i. V. m. § 11 Abs. 2a Satz 1 und Satz 2 Nrn. 1 bis 3 TierSchG in der bis zum 13.07.2013 geltenden Fassung.

Nach § 11 Abs. 2a Satz 1 TierSchG in der bis zum 13.07.2013 geltenden Fassung kann die Erlaubnis, soweit es zum Schutz der Tiere erforderlich ist, unter Auflagen erteilt werden. Gemäß § 11 Abs. 2a Satz 2 Nrn. 1 bis 3 TierSchG in der bis zum 13.07.2013 geltenden Fassung können insbesondere eine Beschränkung der Erlaubnis auf bestimmte Tierarten (Ziffer 2 dieses Bescheides) sowie

die Verpflichtung zur regelmäßigen Fortbildung der verantwortlichen Personen (Ziffer 4.1 dieses Bescheides) angeordnet werden.

Die der Erlaubnis beigefügten Auflagen sind nach fachlicher Einschätzung des Fachbereiches Verbraucherschutz, Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung der Stadt Würzburg zum Zwecke des Tierschutzes erforderlich, da durch den Erlass der Auflagen eine den tierschutzrechtlichen Anforderungen entsprechende Verbringung und Vermittlung der Tiere durch den Verein KAZ Shelter Hunde e. V. sichergestellt wird.

Die Auflagen begründen sich im Einzelnen wie folgt:

Zu 4.1

Durch die regelmäßige Teilnahme an Fortbildungen kann sichergestellt werden, dass die für die Tätigkeit verantwortlichen Personen auf dem aktuellen Stand hinsichtlich tierschutzrechtlicher Vorgaben sind und über gesetzliche Neuerungen und Änderungen informiert werden.

Zu 4.2

Um ein gewerbsmäßiges Handeln mit Hunden aus dem Ausland zu verhindern und das Problem des sogenannten Welpenhandels nicht weiter zu verschärfen, dürfen nur Hunde nach Deutschland verbracht werden, die nicht von Tiermärkten, Züchtern oder Händlern stammen.

Zu 4.3

Um Schmerzen und Leiden für die Tiere während des Transports zu vermeiden und darüber hinaus der Weiterverbreitung von Tierkrankheiten entgegenzuwirken, dürfen grundsätzlich nur gesunde Tiere nach Deutschland verbracht werden. Da der Gesundheitszustand von Tieren nur von einem Tierarzt fachgerecht beurteilt werden kann, muss die Transportfähigkeit jedes Hundes vor der Verbringung in dem jeweiligen EU-Heimtierausweis dokumentiert werden.

Zu 4.4

Auf Grund der Vielzahl an Tieren und Vermittlungen pro Jahr ist es notwendig, dass die zuständige Behörde bei einer Überprüfung alle relevanten Daten der Tiere einsehen kann. So lässt sich die Herkunft und der weitere Lebensweg der in den Pflegestellen gehaltenen sowie weiter vermittelten Tiere jederzeit nachvollziehen. Die Führung eines Tierbestandsbuches erfüllt nur dann seinen Sinn, wenn die Daten vollständig, nachvollziehbar und übersichtlich vorhanden sind bzw. dokumentiert werden.

Zu 4.5

Die Bedingungen der Vermittlung bzw. Unterbringung von Hunden müssen durch einen Vertrag klar definiert werden. So sind beide Parteien über die Details und die einzuhaltenden rechtlichen Vorgaben informiert. Darüber hinaus kann der Vertrag im Streitfall als Nachweis über die getroffenen Vereinbarungen dienen.

Zu 4.6

Um zu prüfen, ob die rechtlichen Anforderungen an einen Transport aus dem Ausland erfüllt werden, müssen geplante Transporte rechtzeitig an den Fachbereich Verbraucherschutz, Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung der Stadt Würzburg übermittelt werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass die erforderlichen Vorschriften eingehalten werden.

Zu 4.7

Um sicherstellen zu können, dass in Pflegestellen verbrachte Tiere dort ihrer Art und ihren Bedürfnissen entsprechend angemessen ernährt, gepflegt und verhaltensgerecht untergebracht werden, ist es erforderlich, genaue Angaben zu den jeweiligen Stellen zu erhalten.

Zu 4.8

Um sicherstellen zu können, dass die eine Pflegestelle betreibenden Personen über die für eine angemessene Ernährung, Pflege und verhaltensgerechte Unterbringung der Tiere erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen, müssen die Pflegestellen zumindest regelmäßig von einer sachkundigen Person betreut werden. Um die Überwachung der tierschutzgerechten Unterbringung in konkreten Einzelfällen zu gewährleisten, sind Kontrollen durch die zuständige Veterinärbehörde zu dulden.

Zu 4.9

Gemäß Ziffer 12.2.5.2 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes sollte die Erlaubnis mit der Auflage versehen werden, der Behörde rechtzeitig alle wesentlichen Änderungen der im Antrag dargelegten Sachverhalte mitzuteilen.

Die Anordnung der Auflagen unter den Ziffern 2 und 4 dieses Bescheides entspricht pflichtgemäßem Ermessen, da insbesondere der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet wird. Die Auflagen sind geeignet, um bei der Verbringung und der Vermittlung von Hunden aus Griechenland durch den Verein KAZ Shelter Hunde e.V. die Einhaltung der tierschutzrechtlichen Vorgaben sicherzustellen. Sie sind auch erforderlich, da für das angestrebte Ziel des Tierschutzes keine gleich wirksamen, den Verein KAZ Shelter Hund e.V. weniger belastenden Mittel ersichtlich sind. Nur durch den Erlass der Auflagen kann eine tierschutzkonforme

Verbringung und Vermittlung der Tiere gewährleistet werden. Die Auflagen sind zudem angemessen, da das öffentliche Interesse an einem wirksamen Schutz der Tiere (Tierschutz ist Staatsziel, Art. 20a Grundgesetz) das individuelle Interesse des Vereins KAZ Shelter Hunde e.V. am ungehinderten Verbringen und der ungehinderten Vermittlung der Tiere überwiegt.

3. Der Vorbehalt der nachträglichen Aufnahme, Änderung und Ergänzung von Nebenbestimmungen unter Ziffer 5 dieses Bescheides beruht auf Art. 36 Abs. 1 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG) i. V. m. § 21 Abs. 5 Satz 1 TierSchG in der Fassung vom 08.07.2013 i. V. m. § 11 Abs. 2a Satz 1 TierSchG in der bis zum 13.07.2013 geltenden Fassung.

Die Anordnung des Auflagenvorbehalts entspricht pflichtgemäßem Ermessen, da insbesondere der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet wird.

Der Auflagenvorbehalt ist geeignet, um der Stadt Würzburg die Möglichkeit zu eröffnen, nachträglich Nebenbestimmungen in den Erlaubnisbescheid aufzunehmen, sofern dies zum Schutz der betroffenen Tiere erforderlich ist. Ein milderes, den Verein KAZ Shelter Hunde e.V. weniger belastendes Mittel ist nicht ersichtlich. Der Auflagenvorbehalt ist zudem angemessen, da das öffentliche Interesse an einem wirksamen Schutz der Tiere das individuelle Interesse des Vereins KAZ Shelter Hunde e.V. am ungehinderten Verbringen und der ungehinderten Vermittlung der Tiere übersteigt.

4. Der Widerrufsvorbehalt unter Ziffer 6 dieses Bescheides stützt sich auf Art. 36 Abs. 1 BayVwVfG i. V. m. § 21 Abs. 5 Satz 1 TierSchG in der Fassung vom 08.07.2013 i. V. m. § 11 Abs. 2 a Satz 1 TierSchG in der bis zum 13.07.2013 geltenden Fassung.

Durch die Anordnung eines Widerrufsvorbehalts besitzt die Stadt Würzburg die Möglichkeit, insbesondere bei Nichteinhaltung der in der Erlaubnis verfüigten Auflagen oder bei einem nachträglichen Wegfallen für die Erteilung der Erlaubnis maßgeblicher Voraussetzungen oder bei wiederholten oder erheblichen Verstößen gegen tierschutzrechtliche Bestimmungen die Erlaubnis zum Schutz der Tiere zu widerrufen.

Die Anordnung des Widerrufsvorbehalts entspricht pflichtgemäßem Ermessen, da insbesondere der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet wird. Der Widerrufsvorbehalt ist zum Schutz der betroffenen Tiere geeignet. Er ist auch erforderlich, da mildere Mittel, die dem Schutz der Tiere in gleicher Weise dienen, nicht ersichtlich sind. Der Erlass der Erlaubnis unter dem Vorbehalt des Widerrufs ist zudem angemessen, da das öffentliche Interesse an einem wirksamen Schutz der Hunde das individuelle Interesse des Vereins KAZ Shelter Hunde e.V. am

ungehinderten Verbringen und der ungehinderten Vermittlung der Tiere überwiegt.

5. Aufgrund der Erteilung der Erlaubnis für den Verein KAZ Shelter Hunde e.V. werden der Erlaubnisbescheid vom 08.02.2023 und der Änderungsbescheid vom 02.03.2023 für die Organisation „Kleine Pfoten“ gemäß Art. 49 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayWvVfG widerrufen.
6. Die Kosten des Verfahrens hat der Verein KAZ Shelter Hunde e.V., vertreten durch die erste Vorsitzende, Frau Dorothea Tsounis, Frankenstr. 9, 97078 Würzburg als Veranlasser der Amtshandlung zu tragen (Art. 1, Art. 2 Abs. 1 Satz 1 des Bayerischen Kostengesetzes (KG)).

Die Festsetzung der Gebühr beruht auf Art. 6 Abs. 1 Satz 1 KG in Verbindung mit Tarifstelle 7.IX.10/2.3 des Bayerischen Kostenverzeichnisses (KVz) und Art. 6 Abs. 2 KG. Bei der Ermittlung der Gebühr innerhalb eines Rahmens sind der mit der Amtshandlung verbundene Verwaltungsaufwand und die Bedeutung der Angelegenheit für die Beteiligten zu berücksichtigen. Unter Berücksichtigung des Verwaltungsaufwandes und der Bedeutung der Angelegenheit wird für den Erlass dieses Bescheides eine Gebühr in Höhe von 56,14 € festgesetzt. Auslagen werden nicht erhoben.

Der Betrag in Höhe von 56,14 € ist unter Angabe des Buchungszeichens 0.5020.1011.0 und des Aktenzeichens FB VVL 568/300-695/24 innerhalb der nächsten 14 Tage auf eines der vorgenannten Konten zu überweisen.

Hinweis:

Unabhängig von den tierschutzrechtlichen Vorschriften sind die tiergesundheits- und arzneimittelrechtlichen Bestimmungen einzuhalten.

Rechtsbehelfsbelehrung

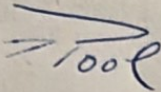
Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe** **Klage** erhoben werden bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in Würzburg, Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

Die Einlegung eines Rechtsbehelfs ist schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form möglich. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtliche Wirkung!

Ab 01.01.2022 muss der in § 55d VwGO genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.

Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.



Dr. Pool
Ltd. Veterinärdirektor

